



ÖSTERREICHISCHE
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



INSTITUT FÜR
TECHNIKFOLGEN-
ABSCHÄTZUNG

Dezember 2004

**TA '05: Rückblick in die
Zukunft – Call for Papers**

**Deutschsprachiges
Netzwerk TA gegründet**

**ITA-Buchpublikation
zu Zugang und Nutzung
öffentlicher Informationen**

**Tagung: Medialer Wandel
& Europäische Öffentlichkeit**

**Gendiagnostik:
Entscheidungsunterstützung**

N

E

W

S LETTER

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Über die zentrale Rolle der Ressource Information für die sich entfaltende Wissensgesellschaft besteht weitgehend Konsens. Unterschiedliche Aspekte und Formen von Information sind auch Gegenstand mehrerer Beiträge dieses Heftes. In jüngerer Zeit erfahren besonders die Informationsbestände in den Händen des Staates wachsende Aufmerksamkeit. Die zunehmende Digitalisierung und der Ausbau zu Electronic Government – im Verein mit wirtschafts- und demokratiepolitischen Herausforderungen – werfen neue Fragen bezüglich Informationszugang und Nutzung der Inhalte auf.

Der öffentliche Sektor ist schließlich der größte Produzent und Besitzer einer Fülle verschiedenartiger Informationen. Dazu gehören nicht nur solche allgemein administrativer, rechtlicher oder politischer Art, sondern z. B. alle öffentlichen Register (Firmenbuch, Grundbuch, etc.) sowie kulturelle, wirtschaftliche, geographische oder meteorologische Informationen und viele weitere statistische Daten. Ein Interesse daran haben verschiedene Gruppen: der Staat selbst – zur Wahrnehmung seiner Aufgaben und als mögliche Einnahmensquelle; die Bürger – zur Lebensgestaltung und Wahrnehmung ihrer Rechte; der private Sektor – im Rahmen unternehmerischer Geschäftstätigkeit; und schließlich die Informationswirtschaft, die öffentliche Informationen als Rohstoff für ihre eContent-Strategien bzw. zur Entwicklung und Vermarktung kommerzieller Produkte benötigt.

Dieses Interessengeflecht ist nicht frei von Konfliktpotentialen und daher nicht leicht ausgleichbar. Das zeigten in Österreich nicht zuletzt einschlägige Konflikte wie jene rund um die Rechtsdatenbank und das elektronische Firmenbuch. Besonders zwei Zielsetzungen – Stimulierung eines Informationsmarktes und freier Informationszugang für Bürger – stellen eine Herausforderung für die Informationspolitik dar.

Wie sehen die Politikmodelle und die Regulierungslandschaft in Europa und den USA dazu aus? Werden die Kontroversen mit der bis zum 1. Juli 2005 umzusetzenden EU-Richtlinie 2003/98 über die Weiterverwertung von Informationen des öffentlichen Sektors entschärft? Wie

sollten längerfristig tragfähige Strategien des öffentlichen Sektors im Umgang mit dieser Ressource aussehen? An welchen normativen Vorgaben sollten sich solche Strategien orientieren? Einiges an Grundlagen zur Diskussion dieser Fragen findet sich in dem in Kürze erscheinenden Buch aus dem ITA, *Public Sector Information in the Digital Age: Between Markets, Public Management and Citizens' Rights*, das in einem der Beiträge dieses Newsletters noch näher vorgestellt wird.

Georg Aichholzer

Inhalt

ITA-Projekte

ITA-Buchpublikation „Public Sector Information in the Digital Age: Between Markets, Public Management and Citizens' Rights“	2
EU-Online-Konsultationen Erfahrungen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse	3
Tagung: Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit Forschungsstand und Forschungslücken.....	4
Fachbeirat für Umwelttechnologien.....	6
Genetic Testing Bewertung genetischer Tests	7
Polymorphismen Gen-Diagnostik auf Erkrankungswahrscheinlichkeiten	8

TA-aktuell

TA'05: Zwei Jahrzehnte Technikfolgenabschätzung und Politik Rückblick in die Zukunft	8
Netzwerk TA gegründet	10
NTA1 – Technik in einer fragilen Welt	11
Privatsphäre – Ein Grundrecht ohne Schutz? ...	12
Breite Front gegen selektive Publikationen Registrierung aller klinischen Studien	13

Publikationen der letzten 3 Monate.....

ITA-Veranstaltungen.....

Kontakt

ITA-Buchpublikation „Public Sector Information in the Digital Age: Between Markets, Public Management and Citizens' Rights“

Die Informationen des öffentlichen Sektors stehen in einem Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen. Sie stellen die Politik und Formulierung eines Ordnungsrahmens vor besondere Gestaltungsherausforderungen. Ein in Kürze erscheinendes Buch aus dem ITA liefert dazu vielfältige Beiträge und Diskussionsgrundlagen.

Das Buch „Public Sector Information in the Digital Age: Between Markets, Public Management and Citizens' Rights“ geht auf die Arbeit des ITA im Rahmen der Forschungskooperation COST A14 „Government and Democracy in the Information Age“ zurück. Auch die Abhaltung eines internationalen Symposiums an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften lieferte Vorarbeiten dazu. Es zählt zu einem der ersten Bücher, das Zugang und Nutzung von Informationen des öffentlichen Sektors aus einer interdisziplinären Perspektive behandelt und sich mit den neuen, durch technischen Wandel (Informationstechnik, Digitalisierung) verstärkten Herausforderungen für die Politik auseinandersetzt. Zum internationalen Team der Beitragenden gehören führende Fachleute aus Europa und den USA, die verschiedene Analysen – teilweise in vergleichender Perspektive – zu den zugrunde liegenden Entwicklungen, Regelungsrahmen und Politikkonzepten einbringen.

Herbert Burkert (Univ. St. Gallen) entwickelt die Grundvektoren der Debatte um die Informationen des öffentlichen Sektors und eines ordnungspolitischen Rahmens. Zu den Grundlagen trägt auch Charles Raab (Univ. Edinburgh) bei, der das Verhältnis zwischen Informationszugang und Schutz der Privatsphäre beleuchtet, sowie Corien Prins (Univ. Tilburg), indem sie rechtspolitischen Trends und Fragen nachgeht, wie der nach der adäquaten rechtlichen Verankerung von Zugangsrechten. Auch die aus Erfahrungen in Norwegen gewonnenen Betrachtungen zur Entwicklung eines Rechts-

rahmens und Politikansatzes von Dag Wiese Schartum (Univ. Oslo) zählen zu den Grundlagen.

Eine weitere Gruppe von Beiträgen setzt sich mit Herausforderungen für die Politik und den unterschiedlichen Antworten im Vergleich zwischen Europa und den USA auseinander: Yvo Volman (Europäische Kommission) begründet und skizziert den Vorschlag zur EU-Richtlinie über die Weiterverwertung von Informationen des öffentlichen Sektors. Maeve McDonagh (Univ. College Cork) untersucht das Ausmaß an Unterschieden bzw. Gemeinsamkeiten bezüglich Zugangsregelungen innerhalb Europas. Robert Gellman erläutert die US-amerikanischen Rechtsgrundlagen der Politik bezüglich der Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors. Und Peter Weiss (National Oceanic and Atmospheric Administration) entwickelt anhand einer Fülle von empirischen Beispielen und Konfliktfällen die Unterschiede des US-Modells eines offenen und uneingeschränkten Zugangs zum bisher in Europa dominierenden „cost recovery“-Modell sowie deren ökonomische und gesellschaftliche Implikationen. Ebenfalls ökonomische Aspekte stehen bei zwei exemplarischen Sektorstudien im Vordergrund: im Beitrag von Michael Kamps (Fa. Norton Rose) für den Bereich privater meteorologischer Dienste und in der Analyse von M. Craglia (Univ. Sheffield) und M. Blakemore (Univ. Durham) zum Bereich der Geodaten.

Den Herausforderungen für Trägerinstitutionen öffentlicher Informationen, insbesondere kultureller Inhalte, widmen sich P. Dusek, P. Marouschek und M. Szerencsi (ORF u. a.) sowie Edltraud Hanappi-Egger (Wirtschaftsuniv. Wien).

In drei weiteren Beiträgen geht es überwiegend um Betrachtungen aus Perspektive der Endnutzer öffentlicher Informationen: M. Bargmann (FH Eisenstadt), G. Pfeifer und B. Piwinger (vibelat) formulieren u. a. Ansprüche an eine Informationspolitik aus Bürgersicht mit Bezug auf österreichische Fallbeispiele und Her-

bert Kubicek (Univ. Bremen) diskutiert den Entwurf zu einem Informationsfreiheitsgesetz des Landes Bremen. Einen Vergleich zwischen Österreich und Großbritannien bietet das Kapitel von Georg Aichholzer (ITA) und Puay Tang (Univ. Sussex): Es untersucht Regelungsgrundlagen, Initiativen und Konfliktfälle, um den elektronischen Zugang zu Informationen des öffentlichen Sektors für Bürger und Unternehmen. Schließlich runden H. Burkert und P. Weiss das Buch mit einigen normativen Vorschlägen zur Politikgestaltung ab.

Die von Georg Aichholzer und Herbert Burkert herausgegebene Publikation erscheint im Dezember im Verlag Edward Elgar, Cheltenham, UK. Weitere Informationen dazu finden sich auf der Homepage des ITA.

(Georg Aichholzer)

EU-Online-Konsultationen

Erfahrungen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse

Die EU-Initiative „Interaktive Politikgestaltung“ bietet öffentlichen Interessensvertretungen, NGOs, Unternehmen und BürgerInnen seit rund drei Jahren die Möglichkeit, sich durch Online Konsultationen am EU-Policy-Making zu beteiligen. Im Rahmen des „NODE“-Projekts „Europeans have a Say: Online Debates and Consultations in the EU“, das vom österreichischen BM:BWK gefördert wird, analysierte das ITA gemeinsam mit dem ZSI* mit Hilfe von ExpertInneninterviews kritische Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von EU-Online-Konsultationen.

„Open Governance“ lautet das erklärte Ziel der EU-Kommission, das mit einer Reihe von online Partizipationsinstrumenten erreicht werden soll und die Öffnung des politischen Entscheidungsfindungsprozesses umfasst. Online-Konsultationen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Seit Jänner 2003 wurden über die Internet Plattform „Your Voice in Europe“ bislang 39 Konsultationen für die „Öffentlichkeit“ (BürgerInnen), 7 für Wirtschaftsunternehmen und 2 für Wirtschafts-NGOs durchgeführt. Die thematische Bandbreite von Online-Konsultationen erstreckt sich über eine Vielzahl von EU-Politikbereichen, zu denen teils offene, teils geschlossene Befragungen durchgeführt werden. Hierbei kann es sich zum einen um das Einholen von ExpertInnenwissen zu einem bestimmten Thema im Vorfeld eines Policy Entwurfs handeln (Problem-

definition), zum anderen werden Befragungen durchgeführt, die bereits bestehende Policies bewerten helfen sollen. Wir befragten sechs ExpertInnen (EU-Kommission, österreichische Interessensvertretungen, europäische Lobby Organisation) zu ihrer Rolle als InitiatorInnen bzw. TeilnehmerInnen in Online-Konsultationen. Anhand von 14 Analysekatgorien wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die EU-Online-Konsultationen die Möglichkeiten politischer Einflussnahme von BürgerInnen, Unternehmen, NGOs etc. auf das EU-Policy-Making erweitern.

Grundsätzlich teilten alle Befragten die Auffassung, dass Online-Konsultationen die bestehenden Beteiligungsformen (etwa in Form von Paneldiskussionen oder ExpertInnen-Hearings mit EU-VertreterInnen) lediglich ergänzen. Der direkte Kontakt zu EU-RepräsentantInnen wird v. a. von VertreterInnen öffentlicher Interessen (Kammern) und NGOs nach wie vor als sehr bedeutsam eingeschätzt. Seitens der Initiatoren von Online-Konsultationen („Interactive Policy Making Unit“ der EU im Auftrag der Generaldirektionen) wird die rasche und einfache Durchführung von Online-Befragungen als wesentlicher Vorteil gesehen, da eine breite Einbeziehung von europäischen Stakeholdern möglich gemacht wird.

Die Kritik am Ablauf von EU-Online-Konsultationen bezieht sich v. a. auf die Verwertung der eingeholten Ergebnisse. Demnach sei es für die Beteiligten an Konsultationsprozessen nicht nachvollziehbar, in welcher Form sich ihre Bei-

* Zentrum für Soziale Innovation

träge, Kommentare und Einschätzungen in den jeweiligen Policy-Dokumenten wiederfinden. Zudem wird die fehlende rechtliche Bindung bzw. Einbettung von Online-Konsultationen bemängelt, die den Zweck und Mehrwert dieser Befragungen in Frage stellen.

Zusammenfassend lassen sich aus den Interviews vier zentrale Hypothesen ableiten:

- Die EU-Online-Konsultationen sind keine geeigneten Beteiligungsinstrumente für breite Beratschlagungsprozesse, da Zugang zu Online-Konsultationen sowohl eine hohe Sachkompetenz als auch die Einbindung in entsprechende (ExpertInnen-)Netzwerke voraussetzen. Mangelnde Kenntnisse über EU-Online-Konsultationen sind in erster Linie auf ihren fehlenden Bekanntheitsgrad zurückzuführen.

- Die EU-Online-Konsultationen erfüllen eine wichtige Funktion bei der Generierung von ExpertInnennetzwerken, indem sie betroffene bzw. interessierte Akteure einladen, sich in Policy-Forming bzw. Making-Prozesse über das Online-Tool „Your Voice in Europe“ einzubringen.
- Durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit in politische Entscheidungsfindung werden die Vertrauensbeziehungen zwischen TeilnehmerInnen in Online-Konsultationen und den EU-RepräsentantInnen gestärkt.
- Die Beiträge in den EU-Online-Konsultationen weisen ein hohes Maß an Sachkompetenz aus und bieten wertvolle Inputs für EU-EntscheidungsträgerInnen.

(Roman Winkler)

Tagung: Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit

Forschungsstand und Forschungslücken

Das ITA war im November Mitveranstalter der 10. Kommunikationswissenschaftlichen Tage zum Thema „Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit“. An zwei Konferenztagen diskutierten internationale ExpertInnen Konzepte, Ausmaß, Strukturbedingungen und Veränderungen europäischer Öffentlichkeit unter dem Einfluss des technologischen Wandels. Die Konferenzbeiträge boten einen Überblick zum aktuellen Stand der transdisziplinären europäischen Öffentlichkeitsforschung aus kommunikationswissenschaftlicher, soziologischer, politikwissenschaftlicher und historischer Perspektive.

Bedeutung und Konzepte europäischer Öffentlichkeit

Die zentrale Bedeutung von Öffentlichkeit liegt in ihren demokratischen Funktionen (Kontrolle, Informationsvermittlung, Meinungsbildung, Le-

gitimation). Form und Ausmaß europäischer politischer Öffentlichkeit sind daher auch mitbestimmend für die demokratische Qualität der Europäischen Union. Nachrichtenmedien und deren Wandel spielen dabei eine wesentliche Rolle. Ihre Vermittlungs- und Kontrolldefizite im europäischen Kontext werden häufig kritisiert und auf Strukturmerkmale europäischer Politik sowie auf die nationale Fixierung der mitgliedstaatlichen Mediensysteme zurückgeführt (Kopper, Dortmund).

Abseits von Defizitdiagnosen fehlt eine einheitliche Vorstellung von europäischer Öffentlichkeit. Offenbar können die für Nationalstaaten entwickelten normativ-theoretischen Öffentlichkeitsmodelle kaum für den europäischen Kontext angewendet werden (Klaus, Salzburg). Neuere Konzepte europäischer Öffentlichkeit variieren erheblich in ihren Anforderungen, etwa in Bezug auf das geforderte Maß an Transparenz, Partizipation und Diskursrationalität. Friedhelm Neidhardt (Berlin) warnte in seiner Key Note vor überzogenen Anforderungen an

europäische Öffentlichkeit und betonte u. a. die Bedeutung von Geheimhaltung im politischen Prozess zur Unterstützung von Kompromissbildung.

Aufgrund unterschiedlicher normativer Anforderungen variieren auch abgeleitete Analyseparameter. Diese reichen von einfachen Aufmerksamkeitsindikatoren (Diskussion gleicher Themen zur gleichen Zeit) bis hin zu komplexen Transnationalisierungsindikatoren wie Arenenreferenzialität oder Sprecherreziprozität (Stefan Tobler, Zürich). Der Weg zur europäischen Öffentlichkeit führt – so die dominante Vorstellung – über die zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige transnationale Verschränkung. Die Verdichtung der Vernetzung mitgliedstaatlicher Medienarenen spielt dabei eine entscheidende Rolle (Erbe, Berlin).

Existenz und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit

Die Fragen nach Existenz und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit werden u. a. mit Hilfe von Medieninhaltsanalysen beantwortet. Hervorstechend ist die Heterogenität der Ansätze, die auf unterschiedliche Untersuchungseinheiten (Länder, Medien, Beitragsgattungen, Zeiträume) zurückzuführen ist. Die empirischen Ergebnisse und Interpretationen verweisen trotz etlicher Differenzen auf einige übergreifende Grundmuster europäischer Kommunikation:

Der Umfang der Berichterstattung über Europa divergiert von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat (Machill/Beiler/Fischer, Leipzig), verläuft im Vergleich zu nationaler und internationaler politischer Berichterstattung auf niedrigem Niveau, nimmt im Zeitverlauf leicht zu (Kleinen v. Königs-löw/Brüggemann, Bremen) und hat im Segment der Qualitätspresse bereits ein einigermaßen hohes Niveau (Trenz, Berlin). Europaberichterstattung erfolgt vor allem ereignisbezogen entlang der europäischen Politikagenda und ist in vergemeinschafteten Politikfeldern (Pfetsch, Hohenheim) und bei auftretenden Konflikten stärker ausgeprägt (Tobler, Zürich; Neverla, Hamburg).

Strukturen und Akteure europäischer Öffentlichkeit

Die Beiträge am zweiten Konferenztag konzentrierten sich auf mediale Strukturbedingungen und Akteure europäischer Öffentlichkeit. Das Scheitern pan-europäischer Medien kann u. a. auf Nachfragemängel und die Heterogenität des europäischen journalistischen Feldes (z. B. Berufsrollenverständnisse) zurückgeführt werden, das durch starke kultur- und länderspezifische Differenzen gekennzeichnet ist (Hummel, Wien).

Die Vermutung, dass Europäisierung im privaten Rundfunk aufgrund der stärkeren Nachfrageorientierung schwächer ist als im öffentlichen Rundfunk, kann durch empirische Evidenz untermauert werden (Thomaß, Bochum).

Medialer Wandel, speziell die Entwicklung des Internet, bietet vielfältige Potenziale zur stärkeren Einbindung von PublikumsvertreterInnen und -interessen. Derzeit divergieren Publikumsaktivität und Institutionalisierung von Partizipationsmöglichkeiten im Ländervergleich, und die transnationale Vernetzung existierender Publikumsinitiativen steht noch aus (Eilders/Hasebrink/Herzog, Hamburg).

Für die politischen Akteure indizieren Netzwerkanalysen Veränderungen der Machtverteilung gemessen an Präsenz und Dominanz in der medialen Arena: Machtverhältnisse verschieben sich zugunsten von Akteuren aus einwohnerreichen Staaten und den Vertretern der wichtigsten EU-Institutionen – zu Lasten zivilgesellschaftlicher Gruppen und kleiner Mitgliedstaaten (Adam, Hohenheim).

Quantitative Inhaltsanalysen von Debatten auf dem online Forum der Europäischen Union (Ihre Stimme in Europa) deuten auf einen überschaubaren Kreis von gut informierten und an rationalem Austausch interessierten Diskutanten hin, nicht jedoch auf die umfassende Einbindung der breiten Öffentlichkeit (Winkler/Brandstetter, Wien).

Ergebnisse aus theoretischen Analysen stecken die Forschungsfelder für weitere empirische Untersuchungen ab: Dies gilt für Erkenntnisse aus der Mediengüterlehre (Steininger, Salzburg) ebenso wie für die Bedeutung von Public News Management (Hahn/Rosenwerth, Dortmund). Auch die Rolle neuer, marktkritischer Bewegun-

gen (Romahn, Salzburg) und des Auslandsrundfunks (Kleinsteuber, Hamburg) für die Europäisierung von Öffentlichkeit können theoretisch abgeleitet und begründet werden.

Der Schwerpunkt empirischer Öffentlichkeitsforschung liegt derzeit bei Medieninhaltsanalysen. Untersuchungen die Strukturentwicklungsdaten des europäischen Kommunikationsraums – wie z. B. zu internationalen Medienkonzentrationen

prozessen (Meier/Trappel, Zürich) und zur Diffusion neuer Medien – mit den Ergebnissen aus Inhalts-, Nutzungs- & Wirkungsanalysen systematisch verbinden, liegen kaum vor (Seethaler, Wien). Dies wäre aber notwendig, um die Bedeutung des medialen Wandels für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit besser erfassen zu können.

(Michael Latzer & Florian Saurwein)

Fachbeirat für Umwelttechnologien

Vorsorgender Umweltschutz stellt ein Querschnittsthema über alle Industrie-sektoren dar. Eine Institutionalisierung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sowie ein international effizientes Marketing für vorsorgende Umwelttechnologien fehlen in allen EU-Ländern. Das EU-Programm ETAP will eben dieses fördern.

Ziel des „Environmental Technologies Action Plan“ (ETAP) ist es, eine Bewegung in Richtung Institutionalisierung von F&E für vorsorgende Umwelttechnologien anzuregen. Die Schlüsselaktivitäten des Aktionsplans sind die Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Technologieentwicklern und verschiedenen Stakeholdern wie Investoren, Verwaltung, etc. in Bereichen wie zum Beispiel Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien, Photovoltaik und Wasserbereitstellung. Weitere Aktivitäten in diesem Rahmen sind der Aufbau eines „European Panel on Environmental Technologies“ zur Harmonisierung von Aktivitäten im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung, Marketing für vorsorgende Umwelttechnologien und die Unterstützung bei der Standardisierung von Verfahren zur Erhöhung der Chancen für den Markteintritt.

In Österreich hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) den Fachbeirat für Umwelttechnologien als Beratungsgremium zur Unterstützung der Umsetzung des ETAP eingesetzt und das ITA mit dessen Organisation beauftragt.

Die konstituierende Sitzung des Beirats fand am 18. Oktober 2004 statt. Der Beirat setzt sich aus

Experten aus Umwelt-, Technologie- und Innovationsforschung und -politik zusammen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit Umwelttechnologien beschäftigen. Seine Aufgabe ist es, Entwicklungen im Bereich Umwelttechnologien zu beobachten, zu diskutieren und Empfehlungen auszuarbeiten, um die Forcierung der Entwicklung und Umsetzung integrierter Umwelttechnologien und nachhaltiger Dienstleistungen zu gewährleisten. Das Hauptaugenmerk des Beirats richtet sich auf Leistungsziele, Technologieplattformen, Finanzierungsinstrumente und Beschaffungsrichtlinien.

In der ersten Sitzung wurde das EU-Projekt „Policy Pathways to Promote the Adoption and Development of Cleaner Technologies“ (POPA-CTDA) und die Fallstudie des ITA „Grüne Bio-raffinerie kombiniert mit Biogas“ im Rahmen des Projektes vorgestellt. POPA ist im 6. EU-Rahmenprogramm u. a. zur Unterstützung der Implementierung des ETAP entstanden und wird bis Ende 2005 laufen.

Chancen und Probleme der Grünen Bio-raffinerie in Österreich waren Gegenstand der anschließenden Diskussion. Themen waren neben Fragestellungen wie der Verwertung von landwirtschaftlicher Überschussproduktion oder kostengünstiger Produktion, der Stand der technischen Entwicklung der Technologie und der mögliche Standort einer Pilotanlage in Hartberg. Um die Pilotanlage umsetzen zu können braucht man kapitalkräftige Partner, die bereit sind, in die Anlage zu investieren. In Bezug auf nachhaltige Entwicklung und Umweltfragen geht es vor allem darum, ein optimales System zu finden, das sowohl zur Lösung von landwirtschaftlichen als auch Umweltproblemen beiträgt.

Den Abschluss der Sitzung bildete die Festsetzung folgender kurz- und mittelfristiger Arbeitsschwerpunkte:

- *Im Bereich Umwelttechnologien:* Konzentration auf Technologien für Erneuerbare Energien sowie stoffliche Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen, zwischenbetriebliche Altstoffverwertung und Partikelreduktion.
- *Im Bereich Maßnahmen:* Performance Targets, Einbindung von Nutzerinteressen (Begleitforschung), Rechtssicherheit für Firmen

bei Berücksichtigung in Entwicklung befindlicher Technologien, Erhebung des Stands der Technologien, die in den nächsten Jahren marktfähig sein können und Anpassung der Förderinstrumente an diese Technologien, Abbau der Forschungsdifferenzen durch Know-How-Transfer sowie Erleichterungen für innovative Unternehmen im Bereich Umwelttechnologien.

(Sabine Stemberger,
Mahshid Sotoudeh & Susanne Schidler)

Genetic Testing

Bewertung genetischer Tests

Ein interdisziplinärer Arbeitskreis erarbeitete von Herbst 2002 bis Sommer 2004 an Hand des ACCE (Analytic and clinical validity, clinical utility, ethical, legal and social implications)-Modells Kriterien zur Beurteilung genetischer Tests. Diese sollen bei der offiziellen Zulassung in Österreich Berücksichtigung finden. Antragsteller sollen zukünftig die jeweilige Erkrankung, ihre Diagnostik, die Test-Aussagekraft sowie gesellschaftliche und ökonomische Implikationen systematisch beschreiben. Dieses Vorgehen ermöglicht einen transparenten Antrags- und Entscheidungsfindungsprozess.

Prädiktive Gentests, die eine Aussage darüber erlauben, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Erkrankung mit genetischen Risikofaktoren auftreten wird, werden künftig verstärkt verfügbar sein. Im Hinblick auf den Schutz der Konsumenten und auf die sozioökonomische Tragweite besteht die Notwendigkeit, die Zulassung und Kostenübernahme derartiger Tests zu regeln.

Der Arbeitskreis Health Technology Assessment (HTA) wurde am Diskurstag „GEN-AU 2002“ gegründet. Arbeitskreis-TeilnehmerInnen aus den Bereichen Genetik, Humangenetik Medizin, Sozialversicherung, HTA, Zulassungsbehörde und PatientInnenvertretung erarbeiteten unter dem Aspekt „Think genomically, act locally!“ einen Fragebogen zur Beschreibung eines genetischen Tests. Dieser wurde am Diskurstag „GEN-AU 2004“ der Öffentlichkeit präsentiert.

Die vorangestellte Präambel beschreibt die Entstehung und Ziele des Arbeitskreises, die gegenwärtige Situation zu Gentests sowie die gesetzliche Situation in Österreich betreffend die Zulassung prädiktiver genetischer Tests. Die detaillierte Beantwortung der 39 Fragen zu Erkrankungsbeschreibung, analytischer und klinischer Test-Aussagekraft sowie zu gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen soll Entscheidungsträgern in Zulassungsbehörden, bei Kostenträgern, in der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung als Entscheidungsgrundlage dienen. Geplant ist, den Fragebogen in den Antragsprozess zu integrieren.

Dialog-Gentechnik, Arbeitskreis Health Technology Assessment 2004/Ö: Fragebogen zur Beschreibung eines genetischen Tests, <http://www.dialog-gentechnik.at/index.php?id=105848&group=110239>.

Center for Disease Control (CDC), Foundation for Blood Research 2003/USA: The ACCE evaluation process for genetic testing, <http://www.cdc.gov/genomics/activities/fbr.htm> und <http://www.cdc.gov/genomics/info/perspectives/files/testACCE.htm>.

Europäische Kommission, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 2004/Luxemburg: EUR 21120-25/Empfehlungen zu ethischen, genetischen und sozialen Fragen von Gentests, http://europa.eu.int/comm/research/conferences/2004/genetic/recommendations_en.htm.

(Susanna Jonas)

Polymorphismen

Gen-Diagnostik auf Erkrankungswahrscheinlichkeiten

Polymorphismen-Tests werden bereits intensiv vermarktet: Genosense, Medigenomix etc. propagieren eine neue „medizinische Revolution“. Wenngleich klassische (monogenetische) Erbkrankheiten auf Mutationen auf einem Gen zurückzuführen sind, sowie einige multifaktoriell bedingte Krebs-Erkrankungen einen hereditären Anteil durch Mutationen auf isolierten Genen (z. B. BRCA 1 & 2) aufweisen, werden nun immer häufiger Polymorphismen-Tests auf verbreitete Volkskrankheiten beworben. Die Nachfrage auch in der öffentlichen Gesundheitsversorgung steigt. Die wissenschaftliche Basis dafür soll in Leitlinien der Labormediziner, basierend auf einem systematischen Review zu verbreiteten Krankheitsbildern erhoben werden. Das ITA begleitet den Prozess.

Kommerziell angebotene Gentests, die unterstützt durch Chip-Technologien durchgeführt werden, sollen über genetische Veränderungen

sowie Abweichungen Aussagen machen. Labormediziner in öffentlichen Institutionen sind mit zunehmender Nachfrage konfrontiert. Die wesentliche Frage ist, ob aus dem Vorliegen eines genetischen Polymorphismus auch ein gesundheitliches Risiko ableitbar ist, resp. ob Therapiemöglichkeiten bestehen. Ein Projekt unter der Führung der AKH-Wien Labormediziner soll Klarheit schaffen, ob die Ergebnisse der Tests und deren Interpretation pure Spekulation und Hypothesen sind, oder ob wissenschaftliche Evidenz für Zusammenhänge und Auswirkungen vorliegen. Für Leitlinien werden systematische Reviews für die Krankheitsfelder Hämochromatose, venöse Thrombose, Diabetes Mellitus, Fettstoffwechsel, Hypertonie, Schlaganfall und Atherosklerose erarbeitet. Das ITA begleitet die Labormediziner durch den Prozess der Leitlinienerstellung.

Oosterhuis et al. 2004: Evidence Based Guidelines in Laboratory Medicine: Principle and Methods. In: *Clin Chemistry* 50:5, 806-18.

(Claudia Wild)

TA'05: Zwei Jahrzehnte Technikfolgenabschätzung und Politik

Rückblick in die Zukunft

Am 30. Mai 2005 findet zum fünften Mal die mittlerweile traditionelle österreichische TA-Konferenz unter internationaler Beteiligung statt. Das ITA wird diese Gelegenheit nützen, zwanzig Jahre institutionalisierte Technikfolgenabschätzung in Österreich zu feiern und zugleich das spannende Verhältnis zwischen TA und Politik zu analysieren.

Die verschiedenen institutionellen Varianten und methodischen Ansätze, inhaltlichen Schwerpunkte und disziplinären Ausrichtungen der Technikfolgenabschätzung eint die Absicht, Politik mitzugestalten. Das Ziel, einen konkreten Beitrag zur Entscheidungsfindung zu leisten,

kann und muss, je nach den Voraussetzungen, auf sehr unterschiedliche Weise erreicht werden: Voraussetzung für die Umsetzung kann institutionelle Nähe wie institutionelle Ferne (und damit Unabhängigkeit) von den Zentren der Entscheidungsfindung sein; breitenwirksame Öffentlichkeitsarbeit wie vertrauliche Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgern; Zusammenarbeit mit dem Parlament wie mit der Verwaltung; Expertenwissen wie partizipative Ansätze. Themenwahl und Timing können an der jeweiligen politischen Agenda ausgerichtet sein, oder bewusst antizipativ zum ‚Agenda-Setting‘ beitragen. Nicht zuletzt spielt das jeweilige politisch-gesellschaftliche Umfeld eine zentrale Rolle für die Gestaltung und die Politikrelevanz von TA.

20 Jahre TA in Österreich

Allerdings wird die Expertise der Technikfolgenabschätzung von den Adressaten keineswegs immer angenommen. Das Verhältnis von TA und Politik ist und bleibt ein spannungsgeladenes und aktuelles Thema der TA-Community. Die fünfte österreichische TA-Konferenz stellt diese Ambivalenz in den Mittelpunkt der Diskussion. Der Zeitpunkt scheint dafür gut geeignet. Im Mai 1985, vor genau 20 Jahren, wurde die wissenschaftliche Technikfolgenabschätzung in Österreich erstmals institutionell verankert, und zwar – anders als in vielen anderen Staaten – an der Akademie der Wissenschaften. Die Aufgabe, TA so zu positionieren, dass sie für Politik und Verwaltung als relevant erkannt wird und zur Lösung ihrer Probleme beiträgt, stellt sich demgemäß für das ITA deutlicher als für die TA-Institute, die direkt an das Parlament angebunden sind. Der Jahrestag ist ein guter Anlass, sich diesem Thema zu widmen. Die Tagung will über die Selbstreflexion in- und ausländischer TA-ForscherInnen hinaus, Außensichten einbeziehen. Daher sollen auch VertreterInnen aus Politik und Verwaltung zu Wort kommen.

Plenarprogramm

Für die Plenarsitzung am Vormittag der Tagung haben bereits drei hochrangige Vertreter der deutschsprachigen TA zugesagt: *Armin Grunwald* vom deutschen ITAS/TAB, *Sergio Bellucci* von TA SWISS und *Gunther Tichy* vom ITA werden zum Generalthema über Erfahrungen aus zwei Jahrzehnten, die Herausforderungen für die Zukunft, die Methodik, politische Anbindung und Wirksamkeit von TA aus Sicht der drei Länder vortragen.

Mittags ist eine Podiumsdiskussion zum Thema „TA in Österreich – Die Sicht der Adressaten“ geplant, zu der wir VertreterInnen unserer Auftraggeber einladen und um Stellungnahmen zu folgenden Fragen bitten werden: Warum entfalten bestimmte TA-Ergebnisse (keine) Wirksamkeit? Warum ist in Österreich die Exekutive erster Adressat und nicht die Legislative (wie in anderen Ländern)? Wie müssen TA-Ergebnisse aufbereitet sein, damit sie in der Administration optimal eingesetzt werden können?

Call for Papers

Am Nachmittag werden in bewährter Weise in mehreren Parallelsessionen TA-Projekte vorgestellt und diskutiert, die das Verhältnis der TA zur politischen Praxis illustrieren. Thematisch gibt es keine Einschränkungen – der Fokus der Beiträge muss jedoch auf der „politischen Dimension“ des jeweiligen Projekts liegen. Hauptgegenstand der Vorträge soll die Beantwortung einer oder mehrerer der folgenden Fragen bilden:

- In welcher Form haben sich die Projektergebnisse in den Aktivitäten von Politik und Verwaltung niedergeschlagen?
- Wie wurde auf die Erzielung von Wirkung in der „Welt außerhalb des Projekts“ schon im Projektdesign Rücksicht genommen?
- Welche Rolle spielte die gewählte Methode für die Wirkungen des TA-Projekts?
- In welcher Weise war die Themenauswahl an den Bedürfnissen des politischen Umfelds ausgerichtet?
- Welchen Einfluss hatte die Politik auf Methode, Themenwahl und eventuell sogar Ergebnisse des Projekts?
- Wie waren die Adressaten in Politik, Verwaltung oder sonstige öffentliche Entscheidungsträger vor, während oder nach Abschluss des Projekts eingebunden?
- Was kann aus Erfolg oder Misserfolg für die Zukunft gelernt werden?

Vergleichende oder allgemeine, d. h. sich nicht auf ein bestimmtes TA-Projekt beziehende Vorträge können eingereicht werden, wenn sie das Verhältnis von TA und Politik explizit zum Thema haben.

Für den Abend ist übrigens ein Empfang zur Feier von zwanzig Jahren TA an der Akademie der Wissenschaften in Planung.

Aktuelle Informationen auf der Konferenz-Homepage unter:

<http://www.oew.ac.at/ita/ta05/>.

(*Michael Nentwich & Walter Peissl*)

Netzwerk TA gegründet

Am Mittwoch dem 24. November 2004 wurde in Berlin das „Netzwerk TA“ für den deutschsprachigen Raum gegründet.

Ausgehend von der Diagnose, dass die TA-Community im deutschsprachigen Raum durch eine fachliche Zersplitterung und ein Defizit an interner Kommunikation gekennzeichnet ist, erging von den Initiatoren Armin Grunwald (ITAS), Alfons Bora (Universität Bielefeld) und Ortwin Renn (Universität Stuttgart) ein Aufruf zur Gründung eines TA Netzwerkes. Etwa zwanzig Personen, die einen großen Querschnitt an Institutionen der Technikfolgenabschätzung im deutschsprachigen Raum repräsentieren, zeigten sich interessiert. Sie bilden nun das Gründungs- und Koordinationskomitee für das „Netzwerk TA“. Durch die Mitgliedschaft von Sergio Belucci (TA Swiss) und Walter Peissl (ITA) wird der trilaterale Charakter des Netzwerkes unterstrichen.

Die rege Teilnahme an der Gründungsveranstaltung zeigt, dass tatsächlich ein großer Bedarf nach Austausch und Zusammenarbeit besteht. In einer intensiven Diskussion wurden von den Anwesenden mögliche Zielsetzungen des Zusammenschlusses und zu deren Realisierung notwendige Schritte entwickelt und geplant. Der Zielkatalog umfasst die Verbesserung des Informationsaustausches innerhalb der TA-Community, die Schärfung eines eigenständigen Profils der TA-Wissenschaft, die Entwicklung von Qualitätskriterien für TA-Forschung, die Weiterentwicklung von Konzepten und Methoden der TA sowie die Identifikation neuer Themen und Beratungsaufgaben. Neben den oben angeführten Zielen ist den Gründungsmitgliedern insbesondere die Nachwuchsförderung ein Anliegen.

Mögliche Aktivitäten des Netzwerkes bestehen in der Organisation von jährlichen TA-Konferenzen, der Einrichtung von themenspezifischen Arbeitsgruppen und die Organisation von Workshops. Langfristig wird an die Weiterentwicklung in Richtung einer „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung“ gedacht.

Das Netzwerk ist sehr offen konzipiert. Die Palette der Mitglieder umfasst sowohl Wissenschaftler als auch TA-Praktiker und ist sowohl für Institutionen als auch Einzelpersonen offen. Wesentliches Merkmal der derzeitigen Struktur ist der Bottom-up-Ansatz, der nur einen geringfügigen Anstoß durch die Initiatoren und eine sehr flexible und kostengünstige Infrastruktur vorsieht. Erwartet wird ein „großer Selbstversuch“, wie viel Energie zur Selbstorganisation in der TA-Community steckt. Aufgrund des großen Interesses an der Gründungsveranstaltung und der anschließenden Konferenz darf der nahen Zukunft mit Optimismus entgegen gesehen werden. Zur Unterstützung der Selbstorganisation wird ein operatives Team von sieben Personen gegründet, die Anliegen von Netzwerkmitgliedern koordinieren und als erste Ansprechpartner zur Verfügung stehen werden. Als grundlegende Infrastruktur wird es demnächst einen „Ort im virtuellen Raum“ für das Netzwerk geben. Ein TA-Portal im WWW wird einige grundlegende Informations- und Kommunikationsfunktionen erfüllen. Wir werden über die weitere Entwicklung in den ITA-News berichten. Interessenten können sich in der Zwischenzeit an einen der Initiatoren oder den Verfasser (wpeissl@oeaw.ac.at) wenden.

(Walter Peissl)

NTA1 – Technik in einer fragilen Welt

Unter dem Titel „Technik in einer fragilen Welt“ fand vom 24. bis zum 26. November in Berlin die erste Tagung des neu gegründeten „Netzwerk TA“ statt.

Den Auftakt der dreitägigen Konferenz bildete das Gründungstreffen des „Netzwerk TA“ (siehe nebenstehenden Beitrag). Im Anschluss an das Gründungstreffen des Netzwerks leitete Ortwin Renn eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion zum Thema „Schöner neuer Mensch – Möglichkeiten und Grenzen der Menschengestaltung durch Gentechnik und künstliche Intelligenz“. In der Diskussion herrschte Einigkeit darüber, dass der Mensch als „Wesen der Selbstgestaltung“ eine kulturhistorische Gegebenheit sei, die sich derzeit anschicke, die bisher bestehenden engen Grenzen, die die Natur der Selbstgestaltung auferlegt, zu überwinden. Die neuen Möglichkeiten eröffneten Gestaltungsoptionen, ließen aber auch ganz grundsätzliche Fragen des Selbstverständnisses des Menschen aufbrechen. Die Aufgabe von TA in diesem Kontext sei es einerseits, die grundlegenden ethischen Positionen und Verschiebungen zu dokumentieren. Andererseits seien es aber auch die konkreten Maßnahmen und Therapien, die einer Folgenabschätzung bedürften. Zwar seien es die moralischen und politisch-ideologisch begründeten Positionen, die meist die großen Debatten um Stammzellenforschung, Präimplantationsdiagnostik, Neuroprothetik etc. bestimmten. Dennoch bleibe das „transsubjektiv stabile Orientierungswissen“, das die TA bereitstelle, für die Politik von großer Bedeutung.

Die Themen der Podiumsdiskussion wurden am folgenden Tag in der Sektion „Fragilität des Individuums“ fortgeführt und vertieft. Die beiden anderen Sektionen der Konferenz befassten sich mit der „Fragilität der Gesellschaft“ und – mit starkem Akzent auf praktische Perspektiven der Politikberatung – der „Technikgestaltung in einer fragilen Welt“.

In der Plenumsveranstaltung mit hochrangigen Politikern und Wissenschaftlern, die den einzelnen Sektionssitzungen vorausging, wurde der hohe Stellenwert der Technikfolgenabschätzung für die Forschungs- und Technologiepolitik deutlich. So gab der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung,

Wolf-Michael Catenhusen, in seinem Einleitungsvortrag einen kurzen Abriss der Geschichte der TA in Deutschland, um anschließend deren Bedeutung als strategisches Element der Forschungspolitik zu betonen. In derselben Stoßrichtung, jedoch mit stärkerem Akzent auf die konkreten Aufgaben, Funktionen und Defizite, argumentierte Mathias Weber von ARC Systems Research. Gerhard Schmid, vormaliger Vizepräsident des Europäischen Parlaments, gab einen Überblick über die Entwicklungen der TA im Europa-Parlament, analysierte die wechselvolle Geschichte des STOA und stellte dessen neue Organisationsform vor. Willi Fuchs, Direktor und geschäftsführendes Präsidialmitglied des VDI, schließlich betonte, dass es für die TA von großer Bedeutung sei, sich neben ihrer genuinen Aufgabe der Politikberatung auch den Fragen von Innovation und Technikanalyse im unternehmerischen Kontext zu öffnen.

In den anschließenden Sektionssitzungen wurden das zentrale Leitthema der Konferenz – das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaftsfortschritten, individuellen Autonomiezuwächsen und politischen Regulierungsnotwendigkeiten – in insgesamt 33 Fachvorträgen sehr umfassend diskutiert. Auf lebhaftes Interesse aller Beteiligten stieß die abendliche Postersession, die ursprünglich als Maßnahme der Nachwuchsförderung geplant war. Zu den NachwuchsforscherInnen kamen allerdings auch einige PräsentatorInnen, deren Papiere die Vorauswahl durch den wissenschaftlichen Beirat erfolgreich absolviert hatten, jedoch aus Zeit- und Platzgründen nicht in das Hauptprogramm aufgenommen werden konnten. Besonders innovativ war die individuelle Vorstellung der Poster durch die PräsentatorInnen zu Beginn der Poster-Session. Die hohe Beteiligung an dieser Veranstaltung und die interessanten Diskussionen in den Sektionen darf man als deutliche Indizien für die Lebendigkeit einer breiten, vielfältigen und aktiven TA-Szene werten. Die Konferenz hat eindrucksvoll gezeigt, welche intellektuellen und organisatorischen Ressourcen die TA im deutschsprachigen Raum zu mobilisieren im Stande ist. Die Veranstalter planen, die Beiträge zur Konferenz in einem Konferenzband zu publizieren.

(Walter Peissl)

Privatsphäre – Ein Grundrecht ohne Schutz?

In einem Beitrag des ITA zur NTA1-Konferenz in Berlin (siehe Beitrag von Walter Peissl) wurde die Frage des Grundrechts auf Privatsphäre aus rechtlicher und technischer Sicht diskutiert. In beiden Bereichen wären hinreichende Schutzmechanismen vorhanden, sie werden aber einerseits durch aktuelle Reformen ausgehöhlt, andererseits kaum tatsächlich genutzt.

Beim Recht sind es vor allem die gegenwärtigen Bestrebungen, gesetzliche Verpflichtungen zur Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikations- und Internetdaten zu etablieren, die den durch internationale Konventionen, EU-Richtlinien und nationale Datenschutzgesetze gewährleisteten Schutz aus den Angeln zu heben drohen.

Natürlich sind Gesetze nicht in Stein gemeißelt und müssen regelmäßig an neue Erkenntnisse oder an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst werden. Was aber im Bereich des Datenschutzes passiert, sprengt den Rahmen üblicher Reformen bei weitem. Die Basis für die radikalen Einschnitte in das Grundrecht auf Privatsphäre wurde ausgerechnet mit der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation 2002/58/EG geschaffen. Diese enthält einen Passus, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte und Pflichten zu beschränken; eine Möglichkeit, die in zahlreichen nationalen und EU-weiten Initiativen genutzt wird.

Bei den Verkehrsdaten soll das strikte Verbot, diese Daten länger zu speichern, als zur Leistungserbringung oder Verrechnung unbedingt notwendig, in eine generelle Verpflichtung zur langfristigen Speicherung umgewandelt werden. Verkehrsdaten geben darüber Auskunft, wer mit wem, wann, wo und wie lange kommuniziert. Wie drastisch diese Veränderungen sind, lässt sich am einfachsten anhand eines Beispiels illustrieren. Auf das Problem „Alkohol am Steuer“ übertragen, würde dies bedeuten, einen Zwang zum Alkoholkonsum für alle Autolenker einzuführen. Dabei würde darüber hinaus erwogen werden, die neue „Promilleuntergrenze“ zugleich anzuheben.

Obendrein gibt es ebenso ernsthafte Bestrebungen, diese Verpflichtung zur Datenspeiche-

rung auch auf die Inhalte der Kommunikation, etwa von E-Mail-Nachrichten, auszudehnen. Im obigen Beispiel würde dies bedeuten, die Promilleuntergrenze auch auf Bereiche auszudehnen, in denen bislang ein absolutes Alkoholverbot galt, etwa auf Piloten im Flugverkehr.

Man kann sich leicht vorstellen, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die Verkehrssicherheit und Unfallzahlen hätten. Nicht viel anders werden die Folgen für die Privatsphäre aussehen, allerdings mit dem großen Unterschied, dass Verletzungen der Privatsphäre zumeist nicht unmittelbar spürbar oder sichtbar sind. Dieser Umstand verleitet dazu, die schwerwiegenden langfristigen Schäden für Individuen und die Gesellschaft zu übersehen oder außer Acht zu lassen, wenn vermeintliche Zugewinne an Bequemlichkeit oder Sicherheit in Aussicht gestellt werden.

Beim Datenschutz durch Technik werden die vorhandenen Möglichkeiten, die Privatsphäre zu schützen, nur wenig in Anspruch genommen. Dabei fehlt es weniger an technischem Know-how und entsprechenden Produkten, sondern eher an allgemeinem Wissen, welche Gefahren bei der Nutzung von I&KT-Diensten bestehen und wie man sich mittels Privacy Enhancing Technologies (PETs) dagegen wappnen kann. Darüber hinaus sind PETs oft wenig benutzerfreundlich und nur mit erweiterten Computerkenntnissen einsetzbar. Ebenso mangelt es an politischer Unterstützung und gesetzlichen Vorgaben, diese Technologien tatsächlich einzusetzen. Würde man im obigen Vergleich PETs mit Airbags gleichsetzen, so würden die meisten Pkws ohne eingebaute Airbags ausgeliefert werden. In Pkws mit Airbags wären diese standardmäßig deaktiviert und man müsste komplizierte Einstellungsarbeiten durchführen, um sie in Betrieb zu setzen. Wer seine Airbags aktiviert oder sein Fahrzeug nachrüstet, würde zudem in den Verdacht geraten, ein potenzieller Verkehrssünder und Raser zu sein, etwa nach dem Motto „Wer sich an Verkehrsvorschriften und Geschwindigkeitsbegrenzungen hält, hat auch keine Verkehrsunfälle zu befürchten“.

Der unzureichende Schutz der Privatsphäre bringt neben individuellen Auswirkungen auch gravierende Veränderungen im Verhältnis von

Staat und Bürgern mit sich. Selbstverständlich müssen den Ermittlungsbehörden in konkreten Verdachtsfällen entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, Überwachungsmaßnahmen auch im Bereich elektronischer Kommunikation durchzuführen. Eine Vorratsdatenspeicherung der Kommunikation aller Personen macht aber aus mündigen Bürgern potenzielle Täter,

die der ständigen Überwachung bedürfen. An die Stelle der Unschuldsvermutung, welche eines der bedeutendsten rechtsstaatlichen Prinzipien darstellt, tritt ein Konstrukt, das mit dem Begriff „Verdachtsgewissheit“ umschrieben werden könnte.

(Johann Čas)

Breite Front gegen selektive Publikationen

Registrierung aller klinischen Studien

Was die Cochrane Collaboration seit langem fordert, wird nun auch von zahlreichen Herausgebern renommierter medizinischer Zeitschriften unterstützt: die prospektive Registrierung aller kontrollierten klinischen Studien, um den „Bias“ zu reduzieren, der durch die bevorzugte Publikation von Studien mit positivem Ergebnis ein falsches Bild zeichnet und damit Wirksamkeits-Effekte verstärkt. Eine zentrale Registrierung über alle laufenden Studien mit eindeutiger Kennung kann als großer Fortschritt auf dem Weg zu einer objektiven Beurteilung gewertet werden.

In der EU-Direktive zur Einbindung der „Good Clinical Practice (GCP)“ in nationales Recht wird die Registrierung aller Studien, in denen Arzneimittel eingesetzt werden, verbindlich vorgeschrieben. Das darauf aufbauende Arzneimittelstudienregister EUDRACT hat die Bündelung der Daten zum Ziel und dient als vertrauliches Kontrollinstrument (nur!) für die Zulassungsbehörden: Es soll in Zukunft verhindert werden, dass die Zulassungsunterlagen für ein neues Präparat durch Selektion (Weglassen negativer Ergebnisse) „geschönt“ wird.

Weit umfassender und breiter ist das Vorhaben CCT(Current Controlled Trials) – metaRegister, www.controlled-trials.com), das durch die Initiative des englischen Publishers BioMed Central und mit Unterstützung durch den britischen „Medical Research Council“ entstand. Angestrebt wird eine weltweite umfassende Registrierung aller kontrollierten klinischen Studien, unabhängig ob es sich um Arzneimittelstudien oder Studien mit nicht-medikamentösen Therapien

handelt. Einzelne Studien werden nur durch wenige Kenndaten charakterisiert, eindeutig durch eine Registrierungsnummer (ISRCTN/International Standard Randomised Controlled Trial Number) gekennzeichnet, um damit Mehrfachpublikationen gleicher Studien kenntlich zu machen. Das Register ist allgemein zugänglich. Ziel des CCT-MetaRegisters ist die Informationsmöglichkeit über existierende Evidenz zu einem klinischen Problem, um die Fehleinschätzungen von Wirksamkeit und Risiken einer Therapie aufgrund von „underreporting“ zu verringern und unnötige Parallelstudien zu vermeiden.

Bisher wurden vermutlich mehr als eine Million klinische Studien durchgeführt: mehr als ein Drittel wurden nie veröffentlicht, zumeist wegen negativer Ergebnisse (Unwirksamkeit, Abbruch, unerwünschte Ergebnisse)!

Das „International Committee of Medical Journal Editors“, zu dem u. a. NEJM, JAMA, Ann Intern Med gehören, gab kürzlich bekannt, dass sie in Zukunft Ergebnisse von Medikamentenstudien nur noch veröffentlichen wollen, wenn diese vorweg registriert waren.

Victor, N. 2004: Klinische Studien: Notwendigkeit der Registrierung aus Sicht der Ethikkommissionen. Deutsches Ärzteblatt 101, Ausgabe 30 vom 23.07.2004.

Cochrane Collab. 2004: The Cochrane Collaboration supports prospective registration of clinical trials <http://www.cochrane.org/news/articles/2004.07.26.htm>.

ICMJE – Statement: www.icmje.org/clin_trial.pdf.

Compulsory registration of clinical trials. BMJ 2004; 329: 637-8 (18.09.2004).

(Claudia Wild & Gerd Antes, Leiter des Deutschen Cochrane Zentrums)

Publikationen der letzten 3 Monate

Referierte Artikel

- Bogner, A., 2004, *Kritik der Life-Politics – zum Grenzziehungsdiskurs der Humangenetik*. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 29(3), 49-71.
- Gaskell, G., Allum, N., Wagner, W., Kronberger, N., Torgersen, H., Hampel, J., Bardes, J., 2004, *GM foods and the misperception of risk perception*. Risk Analysis 24, 185-194, http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/HT_1242.pdf.
- Nentwich, M., 2004, *Quality control in academic publishing: challenges in the age of cyberscience*. Poiesis & Praxis. International Journal of Ethics of Science and Technology Assessment 3, Online First, <http://springerlink.metapress.com/app/home/contribution.asp?wasp=p62lupmqvj6wmeuhugdh&referrer=parent&backto=searcharticlesresults,2,6>.
- Wild, C., Puig, St., 2004, *Analogpräparate – Marktstrategien der Arzneimittelhersteller wie der Arzneimittelverkäufer. Am Beispiel nicht ionische (monomere) Röntgenkontrastmittel*. In: Das Gesundheitswesen. In Druck.

Artikel/Buchbeiträge

- Aichholzer, G., 2004, *Electronic Access to Public Sector Information: Some Key Issues*. In: Roland Traunmüller (ed.), *Electronic Government*. Third International Conference, EGOV 2004, Zaragoza, Spain, August/September 2004, Proceedings, Berlin, Heidelberg: Springer, 525-528.
- Bauer, J. M., 2004, *Governing the Networks of the Information Society Prospects and limits of policy in a complex technical system*. ITA manu:script ITA-04-03, November, http://www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_04_03.pdf.
- Bogner, A., Menz, W., 2004, *ExpertInnen-Interviews: Konzepte, Gesprächsführung, Auswertung*. In: MedienJournal 28(2), 11-26.
- Jonas, S., Jessner, W., Rafetseder, O., Wild, C., 2004, *Hepatitis C Management: A prototype for dealing with infectious and chronic diseases in health care systems*. Conference Proceedings, 5th International Conference on Priorities in Health Care, Wellington, New Zealand, 3-5 November, 129.
- Nentwich, M., 2004, *Wissenschaftliche Praxis im digitalen Zeitalter*. Legistische Anmerkungen zum aktuellen österreichischen Urheberrecht, Journal für Rechtspolitik 12(3), 171-176.
- Peissl, W., 2004, *Partizipative Technikfolgenabschätzung im VN Demenzen*. In: Rienhoff, O. (Hrsg.) 2004, *Informationsdienste für die Versorgung Demenzkranker*, Göttingen, im Erscheinen.
- Torgersen, H., 2004, *The real and perceived risks of genetically modified organisms*. EMBO reports 5, special issue, 17-21, http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/HT_1243.pdf.
- Wild, C., 2004, *Internationale HTA-Jahrestagung in Krakau: Leistungsschau, Trends, Tendenzen*. In: ZaeFQ 98:556 sowie in ÖKZ 07/08:34/35.
- Wild, C., Guest Editor for Special Issue on „Quantitative Decision Support for Health Services“. In: CEJOR/Cent Europ J Operations Research. In print.

Forschungsberichte

Bogner, A., 2004, *Partizipative Politikberatung am Beispiel der BürgerInnenkonferenz 2003 (Analyse)*. Endbericht, Institut für Technikfolgen-Abschätzung, im Auftrag des Rats für Forschungs und Technologieentwicklung und des Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds, Wien im August, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/d2-2c14.pdf>.

Millstone, E., van Zwanenberg, P., Marris, C., Levidow, L., Torgersen, H., *Science in trade disputes related to potential risks: comparative case studies*. IPTS technical report series EUR 21301 EN, European Commission Joint Research Centre/IPTS Institute for Prospective Technological Studies, Brussels/Luxembourg, http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/HT_1271.pdf, <http://www.jrc.es/home/publications/publication.cfm?pub=1203>.

Konferenzbeiträge/Vorträge

Aichholzer, G., 2004, *Electronic Access to Public Sector Information: Some Key Issues*. 3rd International Conference on Electronic Government, EGOV04 within the DEXA Conference Framework, Zaragoza, Spain, 30 August–3 September.

Bogner, A., 2004, *Partizipative Politikberatung*. Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, 29. November.

Bogner, A., 2004, *Technikbewertung durch Laien und Experten am Beispiel der Biomedizin*. NTA1 Konferenz „Technik in einer fragilen Welt. Die Rolle der Technikfolgenabschätzung“, Berlin, 25.–26. November

Jonas, S., 2004, *Brust- und Dickdarmkrebs – generelle Probleme der Früherkennung. Risiko Leben – Risiko leben – Taugt das Vorsorgeprinzip für das Gesundheitsmanagement?* Gesundheitspolitisches Kolloquium in der Evangelischen Akademie Loccum, 20.–22. September.

Jonas, S., 2004, *Hepatitis C Management: A prototype for dealing with infectious and chronic diseases in health care systems*. 5th International Conference on Priorities in Health Care, Wellington, New Zealand, 3–5 November.

Jonas, S., 2004, *Uptake of genetic testing: A model for health-related biotechnologies*. OECD Workshop: Biomedicine and other innovation in health care, examining the links between policy makers and innovators, Berlin, Germany, 15–16 November.

Jonas, S., Kerstan, E., 2004, *Sinn und Unsinn von Vorsorgeuntersuchungen: Früherkennung von Dickdarmkrebs, Integrierung der Darmspiegelung in die österreichische Gesundheitsuntersuchung*. Endoskopie Postgraduiertenkurs: Aussichten und Grenzen, Wien, 26.–27. November.

Nentwich, M., 2004, *Qualitative Aspects of Quantitative Measurements in the Age of Cyberscience*. AoIR-ASIST 2004 Workshop „The web as a mirror of scientific and technical achievements: Issues in access and measurement“; Pre-conference workshop: Association of Internet Researchers conference, 19. September, Brighton, http://cybermetrics.wlv.ac.uk/AoIRASIST/NentwichASISTAoIR04_shortpaper.pdf.

Nentwich, M., 2004, *Ubiquitous cyberscience? On the limits to the virtualisation of research in the digital age*. IR 5.0 „Ubiquity?“ 19.–22. September, Brighton.

Peissl, W., 2004, *Joint EPTA Project: ICT and Privacy in Europe*. Presentation to the EPTA Council, Paris, 26. Oktober.

Peissl, W., 2004, *Telemedizin – Sozio-ökonomische Perspektiven*. Seminar Telemedizin, Wien, 12. Oktober.

Schamberger, C., Wimmer, K., Jonas, S., Endel, G., Leitgeb, E., Näglein, S., Schneider-Voss, S., Vybiral, D., 2004, *Evaluating genetic tests – How to ensure quality?* Gemeinsame Jahrestagung der ÖGBM, ÖGGGT, ÖGBT und ANGT, Innsbruck, 20.–22. September.

- Schidler, S., 2004, Präsentation der Fallstudie „Grüne Bioraffinerie kombiniert mit Biogas“. Fachbeirat für Umwelttechnologien, 18. Oktober, Wien.
- Sotoudeh, M. und Schidler, S., 2004, *Case studies for clean technologies in the agriculture sector*. POPA-CTDA Advisory board meeting, 18th June, Brussels.
- Sotoudeh, M. und Schidler, S., 2004, *Clean Technologies in the Agriculture Sector*. POPA-CTDA Consortium Meeting, May 28th, Brussels.
- Sotoudeh, M., 2004, Präsentation des EU-Projektes „Policy Pathways to Promote the Adoption and Development of Cleaner Technologies“. Fachbeirat für Umwelttechnologien, 18. Oktober, Wien.
- Sotoudeh, M., 2004, *Problem-orientierter Ansatz für Nachhaltige Technische Universitäten*. Nachhaltige Universitäten 2004, 23. November, Wien.
- Sotoudeh, M., 2004, *Technical universities and innovation for sustainable development*. Academic Education for Industrial Process Development, 19th November, Veszprem, Hungary.
- Sotoudeh, M., Strömberg, D., 2004, *Performance targets, Implementing the ETAP*. 2nd meeting of the high level working group, 10th November, Brussels.
- Torgersen, H., 2004, *Beyond Risk. Public perception of agricultural biotechnology and the history of the debate*. Genetikailag módosított élelmiszerek társadalmi fogadtatása. Károli Gáspár Református Egyetem, Kecskemet, 24. November.
- Torgersen, H., 2004, *Risk – and beyond. Biotechnology politics and regulation*. Genetikailag módosított élelmiszerek társadalmi fogadtatása. Károli Gáspár Református Egyetem, Kecskemet, 24. November.
- Wild C., 2004, *Die OÖ-Spitalsreformkommission*. Vortrag in der Grünen Bildungswerkstatt Oberösterreich am 5. November.
- Wild, C., Narath, M., 2004, *Evidence Based ICU-Planning*. Poster. HTAi Jahrestagung in Krakau, 31. Mai–2. Juni.
- Winkler, R., 2004, *E-Government und E-Democracy: Theorie, Entwicklung und Anwendungsfelder*. Vortrag am Institut für Kommunikationswissenschaften, Universität Salzburg, 2. Dezember.
- Winkler, R., 2004, *Neue Medien als demokratiefördernde Plattformen: Online Deliberation auf dem Prüfstand*. NTA1 Konferenz „Technik in einer fragilen Welt. Die Rolle der Technikfolgenabschätzung“, Berlin, 25.–26. November.
- Winkler, R., Brandstetter, G., 2004, *Europäisierung von Öffentlichkeit durch Online-Debatten*. 10. Kommunikationswissenschaftliche Tage (KWT 04), Wien, 12. November.

Sonstiges/Kurzbeiträge

- Jonas, S., 2004, *Genetic Testing: Bewertung genetischer Tests*. HTA-Newsletter November, S 1, <http://www.oeaw.ac.at/ita/hta/htaNL0804.pdf>.
- Jonas, S., 2004, *Hepatitis C Management: Prototyp zum Umgang mit Infektionskrankheiten und chronischen Erkrankungen*. Österreichische Krankenhauszeitung 11:24.
- Wild, C., 2004, *Health Technology Assessment, HTA-Newsletter, Novembernummer*, <http://www.oeaw.ac.at/ita/hta/htaNL0804.pdf>.
- Wild, C., 2004, *Qualitatives Wachstum und ganzheitliches Menschenbild*. Gastkommentar zum Dezember-Monatsthema „Nachhaltigkeit und Gesundheit“ des Online-Portals www.nachhaltigkeit.at, http://www.nachhaltigkeit.at/monthly/2004-12/pdf/gk_wild.pdf.

In der Reihe des ITA sind bisher erschienen

Privacy – Ein Grundrecht mit Ablaufdatum?

Interdisziplinäre Beiträge zur Grundrechtsdebatte. Wien 2003,
ISBN 3-7001-3232-8, 183 Seiten, € 29,00

Cyberscience: Research in the Age of the Internet, Wien 2003,

ISBN 3-7001-3188-7, 591 Seiten, € 59,00

Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen. Wien 1997

ISBN 3-7001-2687-5, 160 Seiten, € 28,34,

2. Auflage 2000, 193 Seiten, € 57,41

Loseblatt-Ausgabe, die regelmäßig aktualisiert wird

1. Aktualisierungs-Lieferung, September 2001

2. Aktualisierungs-Lieferung, Juli 2003

3. Aktualisierungs-Lieferung, November 2004

Wohnen und Neue Medien – Technikfolgenabschätzung des Einsatzes neuer Medien im Tätigkeitsbereich gemeinnütziger Wohnbauträger. Wien 1998,

ISBN 3-7001-2762-6, 106 Seiten, € 28,34

Technikfolgen-Abschätzung in Österreich – Entscheidungshilfe in einer komplexen Welt, Beispiele aus der Praxis. Wien 1997,

ISBN 3-7001-2621-2, 378 Seiten, € 50,14

Biotechnologie in der Öffentlichkeit – Von der Risikodiskussion zur Technikgestaltung.

Wien 1997, ISBN 3-7001-2644-1, 72 Seiten, € 13,80

Die Bände sind über den Fachbuchhandel und den
Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu beziehen.

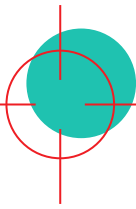
Verlag der Österreichischen
Akademie der Wissenschaften
Postfach 471
Postgasse 7/4
A-1010 Wien

Tel.: +43-1-51581/3401, 3402, 3405, 3406

Fax: +43-1-51581/3400

E-Mail: verlag@oeaw.ac.at

<http://verlag.oeaw.ac.at/>

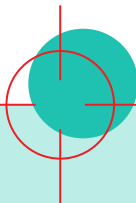


ITA-Seminar: 14. Dezember 2004, 17–19 Uhr

Univ.-Prof. Dr. Renée Schroeder
Institut für Mikrobiologie und Genetik, Universität Wien

„Erfahrungen mit und in Ethik-Kommissionen: Zum Verhältnis von Politik und Naturwissenschaften“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



30. Mai 2005, 9:30–20 Uhr

TA´05 Technikfolgenabschätzung und Politik – Rückblick in die Zukunft

Fünfte österreichische TA-Konferenz

Österreichische Akademie der Wissenschaften
A-1010 Wien, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 2, Theatersaal
<http://www.oeaw.ac.at/ita/ta05/>



Die  News

werden herausgegeben vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ITA). Für weiterführende Fragen zu den in dieser Ausgabe behandelten Themen und zur Technikfolgen-Abschätzung im allgemeinen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
A-1030 Wien, Strohgasse 45/5/3. Stock
Tel.: +43-1-515 81/6582
Fax: +43-1-710 98 83
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at
<http://www.oeaw.ac.at/ita>

Leiter des Instituts:

Univ.-Prof. Dr. Gunther TICHYDW 6580.....gtichy@oeaw.ac.at

Mitarbeiter:

Dr. Georg AICHHOLZERDW 6591aich@oeaw.ac.at

Dipl.Soz.Dr. Alexander BOGNER.....DW 6595abogner@oeaw.ac.at

Mag. Ing. Johann ČAS.....DW 6581jcas@oeaw.ac.at

Dr. Susanna JONAS.....DW 6586sjonas@oeaw.ac.at

Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael LATZERDW 6592latzer@oeaw.ac.at

Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael NENTWICHDW 6583mnent@oeaw.ac.at

Mag. Dr. Walter PEISSLDW 6584wpeissl@oeaw.ac.at

Mag. Susanne SCHIDLER.....DW 6593sschidl@oeaw.ac.at

Beate SCHLEIFER.....DW 6587tamail@oeaw.ac.at

DI Dr. Mahshid SOTOUDEH.....DW 6590msotoud@oeaw.ac.at

Sabine STEMBERGER.....DW 6582sstem@oeaw.ac.at

Dr. Helge TORGERSEN.....DW 6588torg@oeaw.ac.at

Dr. Claudia WILD.....DW 6589cwild@oeaw.ac.at

Mag. Roman WINKLER.....DW 6585rwinkler@oeaw.ac.at

E-Mail-Newsservice: Wenn Sie an Berichten, Newslettern, Veranstaltungshinweisen etc. interessiert sind, abonnieren Sie sich bitte mit einer kurzen Mail an majordomo@oeaw.ac.at mit folgendem Text:
„subscribe itanews Ihre@email.adresse“.